

Energie | 25.07.2025 | Nr. 216/25

Andreas Hein: TOP 24+37: Regionale Preissignale stärker berücksichtigen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Schleswig-Holstein ist und bleibt das Energiewendeland Nummer eins. Wir produzieren deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien, als wir selbst verbrauchen können. Rein rechnerisch könnten wir damit inzwischen sogar die Stadt Hamburg mitversorgen.

Damit leisten wir, einen riesigen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Menschen in unserem Land und natürlich zum Klimaschutz. Da aber der Sektor Strom nur etwa ein Viertel unseres gesamten Energieverbrauches ausmacht, brauchen wir dennoch einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien samt zugehöriger Infrastruktur.

Das bedeutet, meine Damen und Herren, wir übernehmen Verantwortung für jetzt und für kommende Generationen. Wir tragen damit aber auch besondere Lasten – etwa durch hohe Netzentgelte. Denn der Netzausbau, der für die Integration von erneuerbaren Energien notwendig ist, ist bei uns besonders weit vorangeschritten. Was brauchen wir also?

Die Energiewende braucht mehr denn je faire Rahmenbedingungen – und ein Strommarktdesign, das besser auf regionale Gegebenheiten reagiert.

Einheitliche Preise bei ungleichen Bedingungen – das passt nicht mehr. Heute gelten im Stromsektor in ganz Deutschland annähernd gleiche Bedingungen – unabhängig davon, ob Netzengpässe bestehen oder ob der Strom vor Ort produziert und genutzt wird. Diese Idee der sogenannte „Kupferplatte“ wird durch das Verschleppen des Netzausbaus in anderen Bundesländern unterwandert.

Wir sehen, dass Netze regional teilweise überlastet sind und es an Anreizen für ein netz- und systemdienliches Verhalten fehlt. Wir schlagen deshalb vor, regionale Preissignale stärker zu berücksichtigen.

Wie machen wir das? Wir brauchen variable, faire und transparente Anreize im Stromsystem. Den tatsächlichen Gegebenheiten im Netz, auf der Erzeuger- und auch auf Verbraucherseite, muss endlich adäquat Rechnung getragen werden. Der laufende Bidding Zone Review der EU bietet eine Gelegenheit, darüber auf Grundlage

wissenschaftlicher Analysen die nächsten Schritte einzuleiten. Da die aktuelle Untersuchung auf Daten aus dem Jahre 2019 allein keine tragfähige Entscheidungsgrundlage bieten, sollten sie noch einmal von unabhängiger Stelle auf die technologischen Entwicklungen und aktuellen Veränderungen im Strommarkt wie Industrieansiedlungen, neue Erzeuger und Verbraucher, hin überprüft und aktualisiert werden.

Gleichzeitig sollte aber auch untersucht werden, inwiefern entfernungs- und zeitvariable Netzentgelte einen Effekt auf die beschriebenen Herausforderungen haben und womöglich eine Alternative oder Ergänzung darstellen können. Weiterhin braucht es eine stringente Umsetzung des Netzentwicklungsplans, sowie einen schnellen Ausbau steuerbarer und netzdienlicher Erzeugungs-, Verbrauchs- und Speicheranlagen. Auf dieser Grundlage sollte zeitnah ein Konzept für eine gerechte Preisbildung auf den Weg gebracht werden.

Unser Ziel ist ein gerechtes System, das sowohl netzdienliches Verhalten belohnt, unsere Erzeugerlandschaft in Schleswig-Holstein berücksichtigt und die soziale Balance wahrt. Die Energiewende ist eine nationale Aufgabe – aber sie wird vor Ort umgesetzt. Schleswig-Holstein ist Vorreiter und will es auch bleiben, dafür braucht es ein tragfähiges, zukunftsfähiges und gerechtes Preisbildungssystem, das die Akzeptanz bei Verbraucherinnen und Verbrauchern hochhält.

Wir alle sind stolz auf diese Vorreiterrolle unseres Landes – aber sie braucht mehr als warme Worte für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, sie braucht gerechte und faire Energiepreise im Land!

Vielen Dank.